

QUARTALSBERICHT

Projektland: China

Quartal/Jahr: IV/2012

INHALT:

- 1 IM FOKUS**
 - 1.1 Führungswechsel in der Kommunistischen Partei Chinas**
- 2 WIRTSCHAFT UND FINANZEN**
 - 2.1 Verhaltene Erwartungen**
- 3 SOZIALPOLITIK, GESELLSCHAFT UND RECHT**
 - 3.1 Rechtsstaatlichkeit: Bollwerk gegen Amtsmissbrauch und Willkür?**
- 4 REGIONEN**
 - 4.1 Tibet: Ein brüchiges Bild der Harmonie**

1 IM FOKUS

1.1 Führungswechsel in der Kommunistischen Partei Chinas

Der 18. Parteitag: Programmtische und personelle Neuausrichtung

Vom 8. bis 14. November 2012 hielt die KPCh in Peking ihren 18. Parteitag ab. Dabei wählten die 2.270 Delegierten das 205-köpfige neue Zentralkomitee, welches bis zum nächsten Parteitag 2017 regelmäßige Plenarsitzungen abhalten wird. Darüber hinaus wurden die 25 Mitglieder des Politbüros offiziell bestimmt, sowie die Mitglieder des zuvor 9- und nun 7-köpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros, dem eigentlichen Zentrum der Macht. Am Ende des Parteitags wurde die neue Führung – bestehend aus Xi Jinping, der als Parteisekretär die Nachfolge von Hu Jintao antritt, Li Keqiang, Zhang Dejiang, Yu Zhengsheng, Liu Yunshan, Wang Qishan und Zhang Gaoli – der Öffentlichkeit vorgestellt. Während im Ausland die Enthüllungen des Bo Xilai-Skandals sowie die z.T. übertrieben erscheinenden Sicherheitsvorkehrungen und Zensurmaßnahmen im Vorfeld des Parteitags Schlagzeilen machten, vollzog sich die Machtübergabe geordnet. Bezeichnend ist, dass Hu im Gegensatz zu seinem Vorgänger Jiang Zemin nicht nur die Parteiführung, sondern auch den Vorsitz

der Militärkommission niederlegte und damit nicht nur symbolisch die Bühne für die nächste Generation frei machte.

Im Rahmen des Parteitags wurden neue programmatische Ansätze für Chinas Entwicklung vorgestellt, zum einen in dem so genannten politischen Bericht, den Hu als abgehender Parteisekretär zur Eröffnung verlas, zum anderen in den während der Tagung verabschiedeten Änderungen des Parteistatuts. Hu verkündete, dass man bis 2020 nicht nur das BIP, sondern auch die Einkommen im Vergleich zu 2010 verdoppeln wolle. Die Koppelung der beiden Faktoren ist Antwort auf die viel geäußerte Kritik, dass die breite Bevölkerung nicht ausreichend vom Wachstum der vergangenen Dekaden profitiert hat. Der Bericht stellte auch weitere wirtschaftliche, soziale und politische Reformen in Aussicht, blieb aber vage hinsichtlich der Umsetzung. So fungiert er eher als Leitfaden, während die Formulierung konkreter Schritte der neuen Führung obliegt. Spekulationen hinsichtlich einer Streichung der „Mao-Zedong-Ideen“ aus dem Kanon der Leittheorien erwiesen sich als unzutreffend, stattdessen wurde Hu Jintaos Konzept der „wissenschaftlichen Entwicklung“ diesen hinzugefügt. Neu verankert wurde das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, ein Aspekt, auf den auch der politische Bericht ausführlich eingeht. Dass das Thema Nachhaltigkeit in diesem Maße Eingang gefunden hat, ist sicher auch der steigenden Zahl an umweltmotivierten Protesten zuzuschreiben.¹ Das geänderte Parteistatut stellt das Festhalten an Reform und Öffnung als Basis der weiteren Entwicklung Chinas in den Vordergrund, gleichzeitig schloss Hu radikale Änderungen des politischen Systems aus: Die Partei werde nie ihr Wesen ändern und westlichen Modellen folgen. Beide Dokumente waren seit Anfang 2012 in Arbeit, sie sind Ergebnis vielfacher Konsultationen verschiedener Ebenen und Gruppierungen innerhalb der Partei und damit repräsentativ für deren Gesamtheit.

Da die Dokumente und Verlautbarungen des Parteitags eher allgemein und ideologielastig sind, ist insbesondere die Verteilung der Sitze im Ständigen Ausschuss des Politbüros ein wichtiger Indikator für Chinas zukünftigen Kurs, da die Auswahl Ergebnis inoffizieller Verhandlungen zwischen einer Vielzahl von politischen Akteuren ist. Zum einen gibt es die ideologischen Flügel: Der links-konservative Flügel, der eine Stärkung staatlicher und damit parteilicher Macht und Rückbesinnung auf sozialistische Prinzipien fordert, und der rechte Flügel, der sich für politische und wirtschaftliche Liberalisierung und eine stärkere Entflechtung von Partei und Staat einsetzt. Zum anderen bestehen Allianzen zwischen den so genannten Prinzingen (Kindern einflussreicher KP-Funktionäre) und denen, die ihre politische Karriere in den Strukturen des Kommunistischen Jugendverbands begannen. Auch ehemalige Spitzenkader wie Jiang Zemin, Zhu Rongji und Li Peng haben aufgrund des Patronage-Systems großen Einfluss, wie sie mit öffentlichkeitswirksamen Auftritten herausstellten. Die Übergänge zwischen oben genannten Flügeln, Allianzen und persönlichen Verbindungen sind fließend, hinzu kommen die starken Interessengruppen der Ministerien und Staatsunternehmen. Somit ist die personelle Besetzung ein von Kompromissen geprägter Balanceakt. Die neue Führungsspitze wird gemeinhin als eher konservativ beschrieben, sodass Befürchtungen bestehen, dass sie wie ihre Vorgänger am Status quo festhalten wird, statt drängende Probleme anzugehen. Zwar sind

¹ Zu umweltmotivierten Protesten siehe auch Quartalsbericht III, 2012, unter 3.1 ([PDF](#)).

Yu Zhengsheng und Wang Qishan als offen und pragmatisch bekannt, doch Zhang Dejiang, Zhang Gaoli und der ehemalige Propagandachef Liu Yunshan gelten als rigide und linientreue Technokraten. Weder der gut vernetzte, wirtschaftsfreundliche Prinzling Xi Jinping, noch der gelernte Jurist Li Keqiang, der oft als einziger Liberaler des 7er-Gespans bezeichnet wird, haben sich in der Vergangenheit als politische Visionäre hervorgetan. Bei allen Einschätzungen ist jedoch zu bedenken, dass das Vertreten eigener, konträrer Positionen in Chinas politischem Umfeld dem Fortkommen eher abträglich ist. So werden sich die Vorstellungen und Pläne der neuen Führungsriege erst in den Monaten nach dem Parteitag herauskristallisieren.

Reformvorhaben und Herausforderungen

Die Notwendigkeit weiterer Reformen scheint allerdings außer Frage zu stehen. Dies spiegelte sich nicht nur im politischen Bericht, sondern auch in Parteiblättern wie der *Volkszeitung*, *Seeking Truth* und *Study Times* wider, die in den vergangenen Monaten wirtschaftliche, soziale und politische Reformen anmahnten. Hinzu kommt der öffentliche Druck. Viele der einflussreichen privatisierten Publikationen widmeten sich der Analyse bestehender Problemlagen und über das Internet regten Experten durch offene Briefe zu Diskussionen an. Das Gros der Forderungen hat die Politik bereits aufgegriffen, Reformschritte wurden eingeleitet bzw. neue angekündigt. Gleichzeitig treffen diese vielfach auf Widerstände. So z.B. in wirtschaftlicher Hinsicht, wo die Stärkung des Privatsektors als integraler Bestandteil des „Aufbaus einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ im Mittelpunkt der Bemühungen steht. Um ein faireres Wettbewerbsumfeld zu gestalten, soll der Zugang zu Ressourcen für Privatunternehmen erleichtert und die Dominanz der Staatsunternehmen auf wenige strategische Sektoren beschränkt werden. Doch deren Oligopole lassen sich nur schwer aufbrechen, zumal an der Spitze der Unternehmen hochrangige Parteifunktionäre stehen, die im Vergleich zu kleineren Privatunternehmern besser für ihre Interessen eintreten können.

Wie sein Vorgänger Hu erklärte Xi Korruptionsbekämpfung zur Priorität. Dies geschah vor dem Hintergrund einer Fülle von Skandalen, wobei die hohe Zahl publizierter Fälle sowie die strafrechtliche Verfolgung hochrangiger Kader auch als Zeichen des politischen Willens gesehen werden kann. Begonnene Neuregulierungen für mehr Transparenz und einen verantwortungsvolleren Umgang mit öffentlichen Mitteln sollen fortgesetzt werden.² Dass der Vorsitz über die Disziplinarkontrollkommission dem als Problemlöser und zugleich als integer bekannten Wang Qishan übertragen wurde, wird ebenfalls positiv gewertet. Doch Korruptionsbekämpfung bleibt ein schwieriges Unterfangen. Die in den vergangenen beiden Dekaden von Hu und Jiang angestrebten Anti-Korruptions-Bemühungen blieben weitgehend zahnlos. Auch die Politik ist sich bewusst, dass Kampagnen allein nicht ausreichen, sondern systemische Reformen notwendig sind. Ein wichtiger Schritt sind hierbei die laufenden Verwaltungsreformen zum Abbau administrativer Hürden. Denn die Erfordernis einer Vielzahl von Genehmigungen und Bestätigungen – ob für Unternehmensgründungen, Geburt oder Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen – in Kombination mit einem mangelhaften System

² Zu mehr Transparenz im Umgang mit öffentlichen Mitteln siehe auch Quartalsbericht III, 2012, unter 1.2 ([PDF](#)).

der Aufsicht und Kontrolle bilden in China den Nährboden für Vorteilnahme und Nepotismus. Dies gilt insbesondere im Wirtschaftsbereich, wo größere Geschäftsvorhaben meist mit persönlichen Beziehungen stehen und fallen. Die Reformen schreiten jedoch nur schleppend voran. Denn die politische Elite profitiert von der derzeitigen Beschaffenheit des Systems, wie u.a. von Bloomberg, der New York Times und dem Wall Street Journal veröffentlichte Untersuchungen belegen.

Doch der Handlungsdruck wächst, da die Verquickung von Macht und Geld von der Bevölkerung als eine der Hauptursachen des starken sozialen Gefälles gesehen wird, was zunehmend für gesellschaftliche Spannungen sorgt. Im Rahmen einer Staatsratssitzung zur Erstellung eines umfassenden Reformprogramms betonte auch Li Keqiang, dass verfestigte Interessenstrukturen zerschlagen und der innergesellschaftliche Interessenausgleich verbessert werden müssen. Mit seinen Äußerungen trat er in die Fußstapfen Wen Jiabaos, der sich den Sozialausbau und die Verbesserung der Umverteilungsstrukturen auf die Fahne geschrieben hatte. Es bleibt abzuwarten, ob Li mehr Erfolg haben wird als sein Vorgänger. So arbeitet der Staatsrat bereits seit acht Jahren an einem Plan zur Einkommensumverteilung und noch im Oktober hatte Wen versichert, dass dieser zum 1. Januar 2013 veröffentlicht werden solle – doch auch dieses Datum verstrich ergebnislos. Zur Verkleinerung des großen Entwicklungsgefälles, sowohl regional als auch zwischen Stadt und Land, erklärte Li die Förderung einer nachhaltigen Urbanisierung und die Modernisierung der Agrarwirtschaft zur Priorität, wobei er die Reformen des Haushaltsregistrierungssystems und der Bodenverwaltung als Schlüsselpunkte benannte. Chinas Potential könne nur durch weitere Reformen entfaltet werden, so Li.

Während Wen Jiabao am Ende seiner Amtszeit noch einmal an prominenter Stelle politische Reformen anmahnte, hat das neue Regierungsduo diese bislang nicht explizit angesprochen, wenn auch Xi mit einer Reise ins südchinesische Guangdong symbolisch das Erbe des großen Reformers Deng Xiaoping antrat. Aufschluss über Zielsetzungen für die kommenden Jahre gibt dagegen der politische Bericht: Neben den o.g. Verwaltungsreformen soll die Vertretung des Volkes durch die Volkskongresse optimiert sowie die Selbstverwaltungskompetenzen und demokratische Konsultation insbesondere auf Grassroots-Ebene gestärkt werden. Des Weiteren soll die Rechtskonformität des staatlichen Handelns erhöht und bessere Mechanismen zur Einschränkung und Kontrolle der Machtausübung etabliert werden. Damit reagiert man auf die steigende Zahl an Protesten infolge von Korruption und Amtsmissbrauch sowie die zunehmende Kritik an der Verwendung unrechtmäßiger Mittel gegen Bürger, die versuchen, für ihre Rechte einzutreten und sich zu organisieren. Auch Xi Jinping betonte in seiner Rede zum 30. Jahrestag der geltenden Verfassung, dass diese in der Praxis umgesetzt werden müsse. Kein Individuum und keine Organisation stehe über dem Gesetz, so Xi. Diese Aussagen scheinen mehr als leere Worte zu sein. Dafür spricht, dass Meng Jianzhu, Protegé und Nachfolger Zhou Yongkangs als Leiter des Bereichs Recht und Innere Sicherheit, zwar Mitglied des Politbüros, nicht aber des Ständigen Ausschusses ist. In Verbindung mit weiteren Reformbestrebungen im Rechtsbereich signalisiert dies eine Abkehr von Zhous hartem Sicherheitskurs im Namen der sozialen Stabilität.

Diese positiven Anzeichen sollten aber nicht überbewertet werden. Angeregt von Xis Aussagen beschlossen die *Southern Weekend* und *Yanhuang Chunqiu*, zwei der einflussreichsten liberalen Printmedien, ihr redaktionelles Vorwort zum Jahr 2013 der Forderung nach Konstitutionalismus und Rechtsstaatlichkeit zu widmen. Schnell machte die Partei deutlich, wem die Interpretationshoheit obliegt. Der Beitrag der *Southern Weekend* wurde vom zuständigen Zensor kurzerhand durch ein Loblied auf jüngste Errungenschaften ersetzt, die *Yanhuang Chunqiu* konnte ihren Leitartikel zwar veröffentlichen, wurde daraufhin jedoch mit der Schließung ihrer Website abgestraft. Denn die Forderung nach einer konsequenten Umsetzung der Verfassung impliziert die Gewährleistung von Grundrechten wie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, was als Gefährdung der Vormachtstellung der KPCh gesehen wird.

Frischer Wind in der Politik?

Wo sich hingegen eindeutige Zeichen des Wandels feststellen lassen, ist im Politikstil. Xi zeigte sich in Guangdong als Mann des Volkes. Er verzichtete auf rote Teppiche und prunkvolle Empfänge, nur wenige Straßen wurden gesperrt und er plauderte beim Parkbesuch mit einfachen Bürgern. Li Keqiang und andere hochrangige Kader legen ein ähnlich bodenständiges Verhalten an den Tag. Man gibt sich modern und transparent durch Mikroblog-Nachrichten und Live-Updates über den Tagesablauf. Medienvertreter loben den verbesserten Zugang zu Informationen über Spitzenkader und die Veröffentlichung von ausgewählten Privatfotos lässt die neue Führungsriege menschlicher und weniger geheimnisumwoben erscheinen, was von der Bevölkerung honoriert wird.

An der Spitze dieser Transformation steht Xi, der sich wiederholt gegen Elitarismus, Extravaganz und politischen Formalismus aussprach. Auch in der Arbeitsweise sind Veränderungen erkennbar. Xi, Li und Wang Qishan bevorzugen eine knappere und sachlichere Ausdrucksweise und lesen ihre Reden nicht nur vom Blatt ab. Berichten zufolge bitten sie Sitzungsteilnehmer, die Skripte wegzulegen und frei zu diskutieren. Damit scheint auf oberster Ebene mehr Bewegung in den politischen Diskurs zu kommen. Dies bedeutet jedoch beileibe nicht das Ende des Parteiformalismus. Ideologische Schulungen zur Verinnerlichung der neuesten Programme und Direktiven, wie sie seit dem Parteitag auf allen Ebenen abgehalten werden, sind immer noch das wichtigste Instrument, um die Zentralpolitik landesweit zu propagieren.

2 WIRTSCHAFT UND FINANZEN

2.1 Verhaltene Erwartungen

Im 4. Quartal 2012 betrug das Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft 7,9% und war damit noch etwas stärker als im 3. Quartal mit 7,4%. Bezogen auf das Gesamtjahr ergibt sich ein Wachstum von 7,8%. Somit bewegt man sich auf einem relativ niedrigen Wachstumsniveau, wie es zuletzt Ende der 1990er Jahre der Fall war. Die Nachfrageschwäche der westlichen Handelspartner sowie die Bemühungen, die Preisentwicklung auf dem inländischen Immobilienmarkt einzudämmen, haben wesentlichen Anteil an der verhaltenen Konjunktur. Der produzierende Sektor litt 2012 unter dem relativ schwachen Exportwachstum und der als potentieller Wachstumstreiber identifizierte Binnenkonsum entfaltete

nicht die erhoffte Dynamik. Die chinesischen Konsumenten verhalten sich weiterhin zurückhaltend. Die im Zuge der nachlassenden Konjunktur eingeleiteten Infrastrukturmaßnahmen zur Stützung der Binnenkonjunktur greifen nun langsam und Prognosen für 2013 unterstellen ein moderates wirtschaftliches Wachstum von rund 8% vor dem Hintergrund einer noch schwachen Weltwirtschaft.

Der Verbraucherpreisindex lag im Oktober bei 1,7%. Damit erreichte er den niedrigsten Wert seit 33 Monaten, gefolgt von 2,0% im November. Zu Beginn des Jahres lag der Verbraucherpreisindex noch auf einem Niveau von 4,5%. Liu Ligang von der Australia and New Zealand Banking Group erwartet für das Gesamtjahr 2012 eine Inflationsrate von rund 2,7%. Somit dürfte die Inflationsbekämpfung in den nächsten Monaten etwas an Gewicht verlieren und das Augenmerk stärker auf dem Wirtschaftswachstum liegen. An einer proaktiven Fiskalpolitik und vernünftigen Geldpolitik werde festgehalten, wie Xi Jinping betonte.

In der jährlich im Dezember stattfindenden und hochkarätig besetzten Central Economic Work Conference wurden ökonomische Prioritäten und Leitlinien für das kommende Jahr sowie die Neujustierung des wirtschaftlichen Entwicklungspfades thematisiert. Wiederkehrend verwendete Begriffe wie Qualität, Effizienz und Nachhaltigkeit verweisen auf Grenzen der Tragfähigkeit der bisherigen Wachstumsstrategie. Ziel ist ein gesundes und nachhaltiges Wachstum, flankiert von einer Stärkung der Binnennachfrage und einem effizienteren Wirtschaften. Der Schlüssel für ein stabiles Wirtschaftswachstum wird in der Transformation des Entwicklungsmodells in Verbindung mit strukturellen Anpassungen gesehen. Das wirtschaftliche Wachstum soll in Zukunft stärker von Innovation getragen werden, was eine Veränderung der Industriepolitik und Marktstrukturen voraussetzen würde. Im gesamtwirtschaftlichen Kontext erfährt der private Sektor eine Aufwertung, ob damit aber eine Öffnung abgeschotteter Märkte in Richtung mehr Wettbewerb verbunden ist, bleibt abzuwarten. Die Rhetorik mag partiell dem politischen Machtwechsel geschuldet sein, aber die Notwendigkeit der Schaffung zukunftsfähiger Wirtschaftsstrukturen wird allseitig hervorgehoben.

In der wirtschaftlichen Entwicklung der kommenden Jahre soll der Urbanisierung die Rolle eines Motors zur Steigerung der Binnennachfrage zufallen. Experten sehen in der Urbanisierung ein zusätzliches Investitionspotenzial von 40 Billionen RMB (rund 4,8 Billionen Euro) in den kommenden zehn Jahren. Für das Jahr 2020 wird eine Urbanisierungsquote von mehr als 60% prognostiziert, gegenwärtig beträgt sie rund 51%. Die politische Losung der Hebung des Lebensstandards insbesondere der unteren Einkommensschichten, auch durch den Ausbau des sozialen Sicherungssystems, ist Teil einer Politik der besseren wirtschaftlichen Ausbalancierung, hat aber ebenso die Verbesserung der binnenkonjunkturellen Rahmensituation zum Ziel. Reformschritte erwartet man auch auf dem Feld der Finanzpolitik. Gearbeitet wird an einer Steuerreform mit dem Ziel struktureller Steuersenkungen.

SOZIALPOLITIK, GESELLSCHAFT UND RECHT

2.2 Rechtsstaatlichkeit: Bollwerk gegen Amtsmissbrauch und Willkür?

Seit dem Fall Bo Xilais im März 2012 häufen sich Klagen wegen Amtsmissbrauch und widerrechtlichen Vorgehens während seiner Amtszeit. Mit seinem harten Durchgreifen gegen Kriminalität hatte Bo zwar bei Teilen der Bevölkerung punkten können, doch seine 2008 initiierte „Anti-Mafia-Kampagne“ brachte ihn aufgrund vielfacher Rechtsübertretungen in die Kritik von Juristen aus ganz China. Schon zu Beginn der Kampagne wurden Vorwürfe über die Verwendung von Folter zum Erhalt von Geständnissen laut. Anwälte, die versuchten, die Verfahrensgerechtigkeit aufrechtzuerhalten, gerieten selbst ins Kreuzfeuer, wie der 2009 verurteilte Pekinger Anwalt Li Zhuang.

Nun ist Li einer von vielen, die ihre Verurteilung anfechten und das Bild des harten aber gerechten Kriminalitätsbekämpfers, das Bo und Teile der Presse zeichneten, erweist sich nicht nur wegen der Korruptionsvorwürfe gegen ihn als Illusion. Bo soll die Kampagnen genutzt haben, um Gegenspieler aus dem Weg zu räumen, insbesondere unliebsame Privatunternehmer. Wie der bekannte Chongqinger Jurist Zhao Changqing kürzlich in Interviews hervorhob, habe es bei den Betroffenen zwar Rechtsverstöße in der Unternehmensführung gegeben, dies sollte in der strafrechtlichen Verfolgung allerdings nicht mit mafiösen Strukturen gleichgesetzt werden. Doch wie Zhao und andere nun schildern, wurde auch bei mangelhafter Beweislage durch Einschüchterung der Richter und Strafverteidiger eine Verurteilung wegen organisierten Verbrechens sichergestellt. Wohl, weil dies die Beschlagnahmung der „kriminellen Gewinne“ ermöglichte. So verlebte sich die Chongqinger Stadtregierung in Bos Amtszeit private Vermögenswerte in Milliardenhöhe ein, deren Verbleib man derzeit im Zuge der laufenden Revisionsverfahren wegen schwerer verfahrensrechtlicher Fehler zu klären versucht. Um Rehabilitierung bzw. Wiedereinsetzung streiten auch Tausende, die unter Bo aus dem Polizeidienst und anderen Ämtern gedrängt wurden. Nicht nur politische Gegner, einflussreiche Geschäftsleute und Kritiker im Verwaltungsapparat sahen sich von Willkür getroffen, sondern auch einfache Bürger. So wurden u.a. mehrere Mikroblogger für die Verbreitung und Weiterleitung von Kurznachrichten, die sich über Bo und seine Kampagnen mokierten oder dessen hartes Vorgehen verurteilten, kurzerhand mit mehreren Jahren Umerziehung durch Arbeit bestraft. Die zuvor genannten Fälle werden insbesondere seit Bos Ausschluss aus Partei und Volkskongress in der chinesischen Presse diskutiert, wobei klar ist, dass sie nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Eine Aufarbeitung wird Zeit brauchen, soweit sie überhaupt zugelassen wird.

Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl an Protesten infolge von Amtsmissbrauch und Korruption haben die Vorfälle in Chongqing der Diskussion um die Beschneidung staatlicher und parteilicher Macht noch Auftrieb gegeben. Die Regierung ist sich bestehender Defizite bewusst und es scheint Einigkeit darüber zu bestehen, dass man Auswüchsen nur mit dem Recht beikommen kann. Dies spiegelt sich nicht nur in dem politischen Bericht wider, auch in den Reden der Spitzenkader ist „Rechtsstaatlichkeit“ das zentrale politische Schlagwort. In diesem Kontext ist auch das wenige Wochen vor dem Parteitag veröffentlichte Weißpapier zur Rechtsreform zu sehen, das die Unabhängigkeit der Gerichte

und die Bedeutung ordentlicher Verfahren betont sowie die Unterbindung von Folter anmahnt. Darüber hinaus wurden konkrete Schritte zum besseren Schutz der Bürger eingeleitet. Jüngsten Verlautbarungen zufolge soll das viel kritisierte System der Umerziehung durch Arbeit abgeschafft oder zumindest reformiert werden. Darüber hinaus wurde in mehreren Fällen ermittlerisch und strafrechtlich gegen schwarze Gefängnisse für Petitionen und Demonstranten vorgegangen, und Neuregelungen erschweren die Zwangseinweisung vermeintlicher Störenfriede in Psychiatrien. Für ein Umdenken spricht auch, dass in Fällen von unrechtmäßigem Freiheitsentzug den Betroffenen häufiger die volle Entschädigung zugesprochen wird.

Allen Beschwörungen der Rechtsstaatlichkeit zum Trotz bleibt die Frage ungeklärt, wie die Einhaltung rechtlicher Vorgaben gewährleistet werden kann. Amtsmissbrauch, die Beeinflussung von Rechtsorganen sowie die Anwendung von Repressalien gegen Bürger waren in der Vergangenheit ebenso untersagt wie sie es jetzt sind. Im Blickfeld der Reformdiskussion im Rechtsbereich stehen daher die institutionellen Strukturen, der es lokalen Machthabern erlauben, das Gesetz zu manipulieren und ihrer Willkür freien Lauf zu lassen. Als zentrales Problem werden die so genannten Parteikommissionen für Politik und Recht ausgemacht, die auf jeder Verwaltungsebene existieren. Theoretisch erfüllen sie nur eine Aufsichtsfunktion über Polizei und Rechtsorgane, in der Praxis hingegen kontrollieren sie diese. Ebenso wie andere Parteiinstitutionen, sind die Kommissionen für Politik und Recht dem Parteisekretär der jeweiligen Ebene unterstellt. So konnte sich Bo als Parteisekretär von Chongqing den Polizeiapparat ebenso zu Diensten machen wie die Staatsanwaltschaft und die Gerichte. Dieses Konstrukt ist Ursache der oft beklagten mangelnden Unabhängigkeit der Gerichte.

Die Realisierung der Rechtsstaatlichkeit würde eine Abschaffung oder grundlegende Reform der Kommissionen für Politik und Recht erfordern, wie sie auch von inländischen Experten angemahnt wird. Doch angesichts der Tatsache, dass nicht nur in weiten Teilen der Regierung immer noch die Überzeugung vorherrscht, dass die Rechte Einzelner geopfert werden können – oder sogar müssen –, wenn es dem gesellschaftlichen Fortschritt und der Wahrung der sozialen Stabilität dient, ist damit nicht zu rechnen. Denn die Kommissionen erlauben ein schnelles, konzertiertes Vorgehen gegen wahrgenommene Bedrohungen. Hinzu kommt, dass die Bewertungskriterien und Anreizstrukturen für Kader und Beamte nach wie vor auf die Wahrung des sozialen Friedens ausgerichtet sind, wobei die Wahl der Mittel selten hinterfragt wird. So setzt eine Änderung des Systems einen Bewusstseinswandel voraus, auf allen Regierungsebenen. Dass trotz der internationalen Berichterstattung über die Anwendung unrechtmäßiger Mittel gegen Dissidenten und deren Familienmitglieder diesen Vorgehensweisen kein Einhalt geboten wird, verdeutlicht allerdings, dass sie auch auf höchster Ebene noch als notwendig akzeptiert sind. Bezeichnend für die Funktionsweise des Systems ist auch, dass nicht jahrelange Berichte über weit verbreiteten Amtsmissbrauch unter Bos Führung zu dessen politischen Stolperstein wurden, sondern die Flucht seiner rechten Hand Wang Lijun ins US-Generalkonsulat. Nun bekommt Bo selbst die Schattenseiten des Systems zu spüren. Familienangehö-

rige klagten, dass das Verfahren undurchsichtig sei und dem gewählten Anwalt der Zugang zum Mandanten verwehrt wurde.

3 REGIONEN

3.1 Tibet: Ein brüchiges Bild der Harmonie

Vor dem Hintergrund des 18. Parteitags richtete die inländische Presse ihren Blick auf die ethnische Einigkeit und die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte in Minderheitenregionen, insbesondere in tibetischen Gebieten. Mit Infrastrukturprojekten konnte der Zugang zum tibetischen Hochland verbessert werden, was die Ansiedlung von Unternehmen erleichterte und zum Anstieg des Tourismus beitrug. Infolge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung stiegen die Einkommen. Beim Ausbau der sozialen Sicherung lag der Schwerpunkt auf der Einbeziehung von Tibetern in ländlichen Regionen sowie von Mönchen und Nonnen. Die Stärkung der bilingualen Bildung in Kombination mit einer Berufsbildungsinitiative soll tibetischen Jugendlichen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, denn Viehzucht als Broterwerb tritt immer mehr in den Hintergrund und damit auch das Nomadentum als Lebensstil. Mit einem neuen Programm zum Erhalt von Gras- und Weideflächen reagierte man zwar auf zunehmende Bodenkonflikte in Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, gleichzeitig laufen jedoch groß angelegte Siedlungsprogramme in Tibet sowie in den tibetischen Regionen der Provinzen Gansu, Qinghai und Sichuan. Allein in Sichuan sollen über eine halbe Million Nomaden einen festen Wohnsitz erhalten. Mit der kostenlosen Vergabe transportabler Satellitenfernseher soll auch bei Weidezügen der Zugang zu Informationen und Unterhaltung in den Staatsmedien geboten werden. Von der inländischen Presse befragte Tibeter zeigten sich zufrieden mit den Regierungsinitiativen und dem Fortschritt.

In kaum einer Hinsicht unterscheidet sich die Berichterstattung in chinesischen und internationalen Medien so sehr wie in Bezug auf Tibet. Die beinahe 100 Selbstverbrennungen, die die westliche Presse in den vergangenen beiden Jahren meldete, widersprechen dem Bild von Zufriedenheit und Harmonie. Hinzu kommen Berichte über politisch motivierte Demonstrationen und Proteste, wobei sich Anzahl und Umfang solcher Vorfälle aufgrund der Informationssperren nur schwer verifizieren lassen. Die Verbreitung von Nachrichten wird als Gefährdung der nationalen Sicherheit ausgelegt und dementsprechend geahndet. Zur Prävention wurde die Sicherheitspräsenz noch einmal verstärkt und eine Reihe von Klöstern von der Außenwelt abgeschottet. Beileidsbekundungen sowie Gebete für Verletzte und Tote durch Verbrennungen sind untersagt. In einigen Fällen sollen sogar Familien und Dorfgemeinschaften zur Verantwortung gezogen worden sein. Gleichzeitig versucht man argumentativ auf die Bevölkerung einzuwirken. Lokale Propagandagruppen ziehen von Tür zu Tür, verweisen auf den Fortschritt in der Region und warnen vor separatistischem Gedankengut. Regierungsvertreter und die inländische Presse bieten eine simple Erklärung für die Vorfälle, die sich auch in den Gesprächsleitfäden der Propagandagruppen wiederfindet: Selbstverbrennungen und Proteste sind allein der Aufwiegelung durch Anhänger des Dalai Lama zuzuschreiben. Problematiken wie die wirtschaftliche und soziale Diskriminierung von Tibetern oder Eingriffe in

die rechtlich verankerte religiöse und kulturelle Selbstbestimmung werden dagegen ausgespart.

Angesichts der Tatsache, dass der tibetische Buddhismus den Suizid ablehnt, ist die steigende Zahl an Selbstverbrennungen ein Indiz dauerhafter Probleme. Handelte es sich vor 2010 noch um Einzelfälle, nimmt seit 2011 die Häufigkeit und räumliche Ausdehnung zu. Darüber hinaus werden Selbstverbrennungen und Proteste immer öfter von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsene ausgeführt, so dass sich die Frage stellt, ob mit dem Generationenwechsel auch die Gewaltbereitschaft – nicht nur gegen sich selbst – zunehmen wird. Ein stärkeres politisches Bewusstsein und die steigende Bereitschaft, für die eigenen Rechte einzutreten, sind auch bei jüngeren Menschen in anderen Regionen Chinas zu verzeichnen. Problematisch ist, dass Angehörige ethnischer Minderheiten insbesondere in „sensiblen Regionen“ ohnehin weniger Möglichkeiten der Meinungsäußerung haben und Interessenvertretung aus Angst vor Separatismus noch weniger toleriert wird als andernorts. Ein Umdenken könnte sich auch in Hinblick auf ethnische Spannungen in Xinjiang und der Inneren Mongolei als hilfreich erweisen, doch auch hier fällt das Abweichen von eingespielten Denk- und Handlungsmustern schwer.

Katja Drinhausen

Arnfried Griesbaum (Wirtschaft und Finanzen)

Die Autoren sind Ortskräfte der Hanns-Seidel-Stiftung in Beijing, VR China

IMPRESSUM

Erstellt: 23. Januar 2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de